

IN ALLER KÜRZE

**Keine Konsequenzen nach dem Tod einer Patientin**

Es wird kein erneutes Strafverfahren gegen drei ÄrztInnen des Klinikums Bremen-Ost (KBO) wegen fahrlässiger Tötung einer Patientin geben, die 2014 unmittelbar nach ihrer Entlassung aus dem KBO Suizid beging (taz berichtete). Das hat der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Bremen entschieden. Der Antrag der Mutter der Patientin auf Durchführung eines Strafverfahrens wurde als unbegründet zurückgewiesen, weil kein hinreichender Tatverdacht gegen die Ärzte wegen fahrlässiger Tötung oder wegen eines anderen Delikts bestehe. Der Sachverständige habe eine Fehlerhaftigkeit der ärztlichen Behandlung der Patientin in der Klinik nicht feststellen können. Ein erstes Verfahren gegen die ÄrztInnen war bereits eingestellt worden. Nachdem die Mutter der Patientin ein Klageerzwingungsverfahren vor dem OLG gewonnen hatte, wurden die Ermittlungen erneut aufgenommen. (taz)

**Geld für SchülerInnen aus dem Umland**

Das Land Bremen soll in Zukunft 5,6 Millionen Euro pro Jahr bekommen, weil mehr SchülerInnen aus Niedersachsen in Bremen zur Schule gehen als umgekehrt. Das hat eine gemeinsame

Arbeitsgruppe ausgehandelt. Der Betrag richtet sich nach den Kosten pro Schülerin. Es besteht dabei keine freie Schulwahl über die Landesgrenze hinweg – nur wenn besondere Umstände vorliegen, zum Beispiel ein besonderes Schulprofil gewählt wird, darf eine Schülerin ins andere Bundesland pendeln. (taz)

**Oswald Brinkmann ist tot**

Der ehemalige Hafensenator Oswald Brinkmann (SPD) ist am Donnerstag im Alter von 87 Jahren gestorben. Brinkmann arbeitete als Kranführer bei der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft AG, wurde dort später Betriebsratsvorsitzender und wurde 1963 in die Bürgerschaft gewählt. Von 1971 bis Oktober 1987 amtierte er als Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr und war damit der bis heute am längsten amtierende Hafensenator in der Geschichte Bremens. (taz)

**Berichtigung**

In dem Artikel „Viel Lärm in Lesum“ in der taz.bremen vom 24. August haben wir behauptet, Thomas Pörschke habe „viele Jahre“ im Beirat Vegesack gesessen. In Wahrheit sitzt er, nun schon seit 2001, noch immer im Beirat, und zwar als Fraktionssprecher der Grünen. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen. (taz)

HEUTE IN BREMEN

**„Lieber mit echten Kameras“**

**VERNISSAGE** Jugendliche aus Syrien und Walle zeigen Fotos von ihren Wünschen und Ängsten

taz: Frau Ahlert, wie kam es zu dem Workshop?

**Johanna Ahlert:** Der gehört zu einem Projekt, das SchülerInnen der Oberschule Am Waller Ring und junge unbegleitete Geflüchtete, die im Zollhaus untergebracht sind, in kreativer Arbeit zusammengebracht hat. Das hat Anfang 2016 begonnen und sollte neben einer tänzerischen und einer schauspielerischen Position auch eine fotografische haben.

**Von wo stammten die Geflüchteten?**

Vor allem aus Syrien: Die Sprachen waren hauptsächlich Arabisch und Kurdisch, und in der ersten Zeit konnten die meisten noch kaum Deutsch. Dann wurde von Arabisch über Türkisch ins Deutsche gedolmetscht, was gut ging, weil die Schule ziemlich bunt ist – also es gibt viele SchülerInnen aus migrantischen Familien.

**Und das Equipment?**

Man hätte sicher auch mit Smartphones arbeiten können. Aber wir haben entschieden, lieber mit echten Spiegelreflexkameras zu arbeiten. Drei wurden gestellt, meine habe ich auch mal mitgebracht ...

**Und dann sind Sie losgezogen?**

Nein, wir haben erst nach Assoziationen zum Oberthema Europa gesucht und sind dabei zu Themen wie Identität und Vielfalt, Hoffnung und Angst gekommen. Und daraus haben sich dann Aufgaben entwickelt.

**Zum Beispiel?**

Zum Beispiel haben wir Porträts inszeniert, zur Frage nach der Identität. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch das Thema Anonymität, weil sich manche muslimischen Mädchen mit Kopftuch nicht fotografieren lassen wollten. Das war für uns eine Möglichkeit, damit umzugehen. Wir haben aber auch Foto-Interviews gemacht, bei denen jemand Fragen mimisch beantwortet, und Exkursionen, also eher in Richtung Reportage ...

**Das sind alles Sequenzen von zig Aufnahmen: Was davon ist denn jetzt zu sehen?**

Ehrlich gesagt, nicht so viel: Es sind knapp 150 Fotografien ... **Wow, 150 Fotos! Das ist viel!** **Naja,** aber nur eine kleine Auswahl aus einer wirklich großen Menge von Bildern.

INTERVIEW BES

■ Ausstellung: „Europa, was geht?“, Kulturhaus Walle, täglich 14–18 Uhr, bis 22. 9. Eröffnung heute, 16 Uhr

**Johanna Ahlert**

■ 36, Fotografin und Künstlerin, Studium an der Hochschule für Künste, bis 2006 Mitglied der taz.bremen-Fotoredaktion.



**Schwarz sieht grün**

**WAHLKAMPF** Zum Thema Umweltpolitik befragte der BUND die Bremer SpitzenkandidatInnen für den Bundestag. Trotz Einladung nahm die FDP nicht teil

VON PHILIPP NICOLAY

Über Klimaschutz, Energiepolitik, Fahrverbote und Dieselskandal diskutierte gestern der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) mit Bremer BundestagskandidatInnen vor der Bürgerschaft. „Umwelthemen können im Bundestagswahlkampf gar nicht hoch genug gehängt werden“, sagte Klaus Prielzel, Vorsitzender des BUND Bremen. Rund hundert interessierte BürgerInnen waren gekommen, um konkrete Antworten auf umweltpolitische Fragen zu erhalten. „Hier gibt es noch viel Luft nach oben“, sagte eine der ZuschauerInnen.

Der Einladung des BUND folgten Doris Achelwilm (Linke), Elisabeth Motschmann (CDU), Sarah Ryglewski (SPD), Kirsten Kappert-Gonther (Grüne) und Uwe Schmidt (SPD). FDP-Spitzenkandidat Lencke Steiner antwortete laut Aussage der Veranstalter nicht auf die Einladung. Und: „Die AfD ist auch in ihrer Position zum Klimaproblem derartig rückwärtsgewandt, dass wir entscheiden haben, sie nicht einzuladen“, sagte der studierte Biologe Klaus Prielzel.

Bevor das fünfzehnminütige Kurzinterview mit Moderator Dieter Mazur startete, ermittelten die PolitikerInnen das Themengebiet mit einem vom BUND selbst gebastelten Würfel. „Wir wollen versuchen, möglichst konkrete Antworten der KandidatInnen zu bekommen“, sagte Prielzel kurz vor der Veranstaltung.

Gleich zu Beginn konfrontierte der Moderator Doris Achelwilm, Spitzenkandidatin der Linken, mit dem Dieselskandal. „Die Kartellbildung der großen deutschen Autokonzerne ist einfach ungeheuerlich“, sagte



Dieselfahrerin Elisabeth Motschmann (CDU) im Gespräch mit Dieter Mazur vom BUND Foto: Philipp Nicolay

Doris Achelwilm. Sie forderte in ihrem Statement einen höheren Verbraucherschutz für die betroffenen DieselfahrerInnen und gleichzeitig härtere Sanktionen gegen die betrügerischen Unternehmen.

Uwe Schmidt, SPD-Direktkandidat und Ver.di-Mitglied bemängelte die fehlende Distanz zwischen Politik und Autoindustrie. Den Dieselskandal bezeichnete er auch „als Betrug an den ArbeitnehmerInnen“.

„Wir brauchen endlich ein Unternehmensstrafrecht, um ganze Konzerne haftbar zu machen“, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski. Die BürgerInnen hätten ein Recht auf Schadenersatz.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Elisabeth Motschmann ist selbst Dieselfahrerin. „Auch ich fühle mich durch diese Schummeleth Software betrogen“, sagte Elisabeth Motschmann. Wegen ihres eigenen Wagens sei sie aber

relativ entspannt. Sie sei gegen Fahrverbote, weil diese die falschen Leute trafen.

In Richtung der Grünen ging Motschmann gleichzeitig auf Kuschel- und Konfrontationskurs. „Die CDU mit Merkel ist jetzt auch eine zweite Öko-Partei“, sagte Motschmann. Im Hinblick auf eine umweltverträgliche Landwirtschaft bekräftigte sie ihre tiefe Verbundenheit zu

den Bauern. „Das Misstrauen gegen viele Landwirte ist nicht richtig“, sagte sie. Viele Bauern würden sich um eine gesunde Landwirtschaft bemühen. „Aber natürlich will niemand mit Nitrat versuchtes Grundwasser trinken.“

Die „erste“ Öko-Partei zeigte bei umweltpolitischen Themen radikalere Ansichten als die Union. In Richtung potenzieller Koalitionspartner stellte Kirsten Kappert-Gonther, Spitzenkandidatin der Grünen, in Aussicht, dass Gesundheitsschutz, Klimaschutz, Umweltschutz und Tierschutz für ihre Partei nicht verhandelbar seien.

„Glyphosat hat auf unseren Äckern nichts zu suchen“, sagte sie. Außerdem wolle sie sich für einen Ausstieg aus der industriellen Tierhaltung stark machen: „Es ist eine Schande, wie mit den Tieren in der Massentierhaltung umgegangen wird“, sagte die Vegetarierin.

**„Die Kartellbildung der großen deutschen Autokonzerne ist einfach ungeheuerlich“**

DORIS ACHELWILM, DIE LINKE

**Der Senat weiß von nichts**

**SPIONAGE** Bundesweit sollen 6.000 türkische Spione Oppositionelle beobachten – bloß in Bremen nicht. Das behauptet zumindest der Senat

Werden türkischstämmige Oppositionelle in Bremen durch den türkischen Geheimdienst ausspioniert? Der Senat sagt in seiner Antwort auf eine Anfrage, die der Linken-Abgeordnete Cindi Tuncel gestellt hatte: Über Spionagetätigkeiten in Moscheen wisse man nichts und auch habe man keine Erkenntnisse über Personen, die in Bremen im Fokus des türkischen Geheimdienstes stehen. Tuncel zeigt sich überrascht von den dünnen Antworten.

„Bremen ist unter anderem eine Hochburg für kurdische Politik“, sagt er. „Es erscheint mir sehr unwahrscheinlich, wenn es hier aktuell keine Spionagetätigkeit der Türkei gäbe.“ Die Antworten des Senats seien vor diesem Hintergrund „sehr unbefriedigend“.

Gefragt hatte Tuncel auch nach Listen, die dem Bundesnachrichtendienst vom Chef des türkischen Geheimdienstes

übergeben worden waren. Presseberichten zufolge standen auf einer davon rund 300 Namen von Personen und Vereinen, die der Gülen-Bewegung nahestehen sollen und als Spionagetätigkeiten beschrieben wurden. Laut Senat wurden diese Listen

**Türkische Spione seien in Bremen „sehr aktiv“, sagt der Kurden-Aktivist Yüksel Koc**

dem Innensenator im April und Juni „zugeleitet“ und auf Bezüge zum Land Bremen hin überprüft. „Unter den gelisteten Personen befanden sich keine Personen mit Wohnsitz in Bremen“, heißt es dazu.

Alles andere sei als vertraulich eingestuft, weil eine Veröffentlichung Interessen der Bundesrepublik berühren könnten.

Und weitere Erkenntnisse? Da verweist der Senat auf ein einziges Verfahren: gegen Mehmet Fatih S., der Ende 2016 in Hamburg festgenommen wurde. Der Generalbundesanwalt hegte gegen den 31-Jährigen „dringenden Verdacht der geheimdienstlichen Agententätigkeit“. S. soll als Teil eines Mordkommandos Kurdenführer in Deutschland ausgespäht haben – darunter Yüksel Koc aus Bremen, Vorsitzender des bundesweiten Kurden-Dachverbandes Nav-Dem und Vize-Vorsitzender des europäischen Kurden-Verbandes KCDK-E. Laut Senat ist dieses Verfahren im September 2016 durch das Landeskriminalamt eingeleitet und im November durch den Generalbundesanwalt übernommen worden.

Wird in türkischen Moscheen in Bremen spioniert? Der Senat weiß es nicht. Auch nicht, ob die türkische Religionsbehörde Di-

yanet Imame aus Bremen abgezogen hat, um sie vor Strafverfolgung zu bewahren. Laut Bundesregierung ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen 16 Imame, die in deutschen Gemeinden spioniert haben sollen.

Gefragt hatte die Linke auch nach der Zusammenarbeit zwischen türkischem Geheimdienst und Bremer Sicherheitsbehörden – immerhin wird die PKK weiterhin als Terrororganisation angesehen, der Vereine wie der von Yüksel Koc nahestehende „Eine Zusammenarbeit Bremer Sicherheitsbehörden mit türkischen Nachrichtendiensten findet nicht statt“, schreibt der Senat.

6.000 türkische Spitzel sollen in Deutschland aktiv sein – nur in Bremen nicht? Koc ärgert sich über diese Auskunft. Sein Name steht auf einer der Todeslisten des türkischen Geheimdienstes, er war Ziel von Mehmet Fatih S. Türkische Spione seien in Bremen „sehr aktiv“, sagt Koc. In der Vergangenheit lag er damit richtig: Er selbst hatte die Behörden auf S. aufmerksam gemacht – erst nach mehrfachem Drängen wurden sie aktiv. **JPB**